

Edito

Es war einmal Europa ... (2)

Die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament vermitteln eine Normalität, die nicht mehr gegeben ist

Seit anderthalb Jahren schaut die europäische Öffentlichkeit mit Verwundern, Unverständnis und steigendem Entsetzen auf die britische Innenpolitik, die ganz Europa in Geiselschaft nimmt. Medien und Politik überschlagen sich in Ausstiegsszenarien, Notfallplänen, Schadensberechnungen usw. Am Beispiel Großbritanniens wird vorexerziert, dass der Ausstieg aus einer Staatengemeinschaft, und sei sie noch so friedlich, die auf einem gemeinsamen Markt und offenen Grenzen beruht, praktisch nur noch durch einen Bruderkrieg durchzusetzen ist. Bei einer Scheidung liegen die Interessen und Erwartungen der ehemaligen Partner so weit auseinander, dass eine einigermaßen vernünftige Trennung kaum ohne ein internationales Schiedsgericht realistisch ist. Diesen dritten (legitimen) Akteur, dem sich die europäische Staatengemeinschaft untergeordnet hätte, hat es aber nicht gegeben.

Das Versagen liegt jedoch in erster Linie bei der ältesten Demokratie der Welt. Das Wahlgesetz, die Funktionsweise des Parlamentes und die Regierungsführung Großbritanniens haben sich als unfähig erwiesen, die Herausforderungen der Zeit zu meistern: Die heutige Situation ist das explosive Ergebnis aus wirtschaftlicher Globalisierung, Finanzmarktkapitalismus und hohem Reichtum in London einerseits und der Verarmung eines Teils der britischen Bevölkerung andererseits (sowohl in relativen als auch absoluten Zahlen), verbunden mit dem Niedergang des öffentlichen Bildungssystems, der skrupellosen, antieuropäischen Agenda der britischen Massenmedien, der Einflussnahmen aus dem Ausland (insbes.

Russland) und den neuen Öffentlichkeitsmärkten der sozialen Medien. Nicht zu vergessen – einer politischen Führungsschicht, die an Eitelkeit und Rückständigkeit in Europa ihresgleichen sucht.

Die schlechte Nachricht ist jedoch, dass wir bei allem Entsetzen über diese verfahrenere Situation gerade den Blick für die Veränderungen auf dem Kontinent verlieren. Einige der mitteleuropäischen Staaten sind für eine liberale, rechtsstaatliche und wertebasierte Europäische Union praktisch schon verloren gegangen. Große Teile ihrer Bevölkerungen sehen die EU zuvorderst als Subventionsmaschine und machen sie andererseits verantwortlich für alle Verwerfungen, die ihre Gesellschaften treffen. Mehr noch als die dynamischen Staaten in Westeuropa trifft sie der Bevölkerungsrückgang mit voller Wucht – und die atavistischen Ängste vor Einwanderung (und Flüchtlingen) sind vor diesem Hintergrund einzuordnen. Kleine Nationen wissen, dass sie verschwinden können, und aus luxemburgischer Perspektive sollte man diese Ängste zumindest zur Kenntnis nehmen.

Während wir vom sicheren Boden aus den stürmischen Ärmelkanal betrachten und in gepflegter Herablassung auf unsere mitteleuropäischen Partner schauen, hat sich über uns jedoch noch ein weiteres Gewitter aufgebaut, das auch uns hinwegfegen kann: Das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich ist innerhalb kürzester Zeit an einem historischen Tiefpunkt angelangt, der zu ernster Sorge Anlass geben sollte und über den kein Elysée- oder Aachen-Vertrag hinwegtäuschen kann.

Nachdem die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel durch zuerst die Bundestagswahl, dann monatelange Koalitionsverhandlungen, Richtungs- und Personalstreit mit der CSU und weiteren Landtagswahlen fast zwei Jahre lang den französischen Präsidenten, der eine schnelle Reform der EU verlangte, hat warten lassen, ist sie jetzt nicht mehr präsent. An ihre Stelle tritt eine Frau aus dem Saarland, die die deutsche Politik schon heute perspektivisch vorgibt. Gemeinsam mit anderen Grenz- und Provinzpolitikern (z.B. in Luxemburg) hat die designierte Merkel-Nachfolgerin Annegret Kramp-Karrenbauer gemein, dass sie auf ihre „armen“ französischen Nachbarn mit einer wenig wohlmeinenden Herablassung schaut.

Die europäischen Ambitionen des französischen Präsidenten, die dieser in einem Brief an die europäischen Bürger (und nicht die Regierungen) dramatisierte, hat Frau Kramp-Karrenbauer als das erkannt, was sie aus deutscher Sicht sein müssen – als Zeichen nationaler Schwäche. Und während der französische Präsident seinen Aufruf zur Reform mit „Pour une Renaissance européenne“ überschrieb, setzte Frau Kramp-Karrenbauer dem ein „Europa jetzt richtig machen“ entgegen – wobei leider das „richtig“ hier als öffentliche Zurechtweisung interpretiert werden muss. Die Positionen, die sie vertritt, sind zwar die üblichen (pragmatisch gemeinten) Positionen der deutschen CDU, sie sind sicherlich auch in erster Linie für das heimische Publikum gedacht, aber die Worte sind hart und belehrend gewählt, und Frau Kramp-Karrenbauer geht soweit, dass sie Frankreich ohne Not

provoziert, indem sie vorschlägt, den französischen Sitz im UN-Sicherheitsrat der EU zu übertragen und Straßburg als Euro-pahauptstadt aufzugeben. Hier wird tatsächlich ein Konflikt neu „geframt“, den wir längst überwunden geglaubt hatten.

Anders als die voluntaristische französische Politik, die für ein starkes Europa als Antwort auf die geostrategischen Herausforderungen durch Russland, China und die USA plädiert, will auch die neue politische Generation in Deutschland offenbar keine Verantwortung für Europa übernehmen. Auch Frau Kramp-Karrenbauer scheint noch der Überzeugung zu sein, dass Deutschland als Mittelmacht (und föderale Demokratie) besser ohne den

europäischen Ballast durch die Wirren der nächsten Jahre kommt.

Das wachsende Unverständnis zwischen Frankreich und Deutschland riskiert zum eigentlichen Problem (auch für Länder wie Luxemburg) zu werden und Europa als unabhängigen, weltpolitischen Akteur endgültig auszuschalten. Während wir Bürger noch ein Europäisches Parlament wählen, wird das Werk der Gründerväter und -mütter, das man als institutionalisiertes Vertrauen bezeichnen könnte, vor unseren Augen und zur Freude der Großmächte eingerissen.

Vor diesem Hintergrund ist es höchste Zeit, dass Luxemburg – seine Wirtschaft

und Regierung – ihr doppelbödiges Spiel aufgibt und dezidiert die Rettung Europas auf ihr Agenda setzt. Das Land, das lange Zeit als europäischer Vermittler galt, positioniert sich heute in erster Linie als politisches und ökonomisches Einfallstor für die Interessen der USA, Russlands und Chinas und nebenbei der GAFA und anderer Weltkonzerne. Angesichts der negativen Spirale, in der sich Europa befindet, wirkt diese Strategie heute völlig unangemessen und gegenläufig zu den langfristigen Interessen Europas und Luxemburgs. ♦

Jürgen Stoldt

siehe auch: Jürgen Stoldt, Es war einmal Europa, *forum* Nr. 387, September 2018, S. 5, <https://www.forum.lu/article/es-war-einmal-europa>

Welches politische Angebot für die Europawahlen?

Die Zeitschrift *forum* organisiert die Veranstaltungsreihe „**forum_Europawahlen**“ mit den politischen Parteien im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament

Die Europäische Union steht unter Druck: Brexit, Streit mit den USA, antidemokratische Tendenzen in einigen Mitgliedsstaaten, soziale Unruhen, ... Vor diesem Hintergrund finden am 26. Mai Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Für Neu- und Jungwähler, für Unentschlossene und politisch Neugierige bietet *forum* eine Veranstaltungsreihe, um die europapolitischen Visionen der in der Chamber vertretenen Parteien kennenzulernen. Das Publikum kann in einem lockeren Rahmen seine Fragen stellen und sich eine Meinung bilden. Dazu wird jeweils ein spannender, ausländischer Gast eine Einführung geben und danach mit einem/einer luxemburgischen KandidatIn und dem Publikum diskutieren. Hier die Termine:

Für eine soziale und demokratische Neugründung Europas

Freitag, 12. April, 19 Uhr, im Théâtre National du Luxembourg, 194, route de Longwy, L-1940 Luxembourg (auf Deutsch, avec traduction française)

Die Sprecherin von déi Lénk *Carole Thoma* und der Abgeordnete der Linken im Deutschen Bundestag *Fabio De Masi* erläutern, wie sich die Europäische Linke die Zukunft der Europäischen Union vorstellt. Moderation: Raymond Weber

Welche grüne Vision für Europa ?

Montag, 15. April, 18.30 Uhr, im Sang & Klang Pfaffenthal 1, rue des Trois Glands, L-1629 Luxembourg (auf Deutsch)

Meris Sehovic, Kandidat von déi gréng für die Europawahlen und Vorsitzender der jonk gréng, und die Grünen-Abgeordnete im Europäischen Parlament *Terry Reintke* plädieren für eine klima- und umweltbewusste EU. Moderation: Jürgen Stoldt

Was bedeutet ein Europa der Nationen?

Mittwoch, 24. April, 18.30 Uhr, Kulturzentrum Cessange 1, rue St. Joseph, L-1838 Luxembourg (auf Deutsch)

Der ADR-Kandidat *Fernand Kartheiser* und die EP-Abgeordnete *Ulrike Trebesius* präsentieren die Positionen der national-konservativen, EU-kritischen Parteienfamilie ACRE. Moderation: Victor Weitzel

Eine soziale, nachhaltige und gerechte Alternative für Europa

Montag, 6. Mai, 18.30 Uhr, in der Maison du Peuple, 62, bd. J.F. Kennedy, L-4170 Esch-Alzette (auf Luxemburgisch)

Nicolas Schmit, LSAP-Kandidat und früherer Arbeitsminister, und *Marcel Mersch*, Leiter der Abteilung Nachhaltige Entwicklung bei der Fraktion der Europäischen Sozialisten & Demokraten, zeigen wie die europäischen Sozialisten sich ein Europa der Bürger vorstellen. Moderation: Raymond Klein

Eine den Liberalen und der DP gewidmete Veranstaltung mit Charles Goerens und Louis Michel fand bereits am 25. März statt. Eine Videoaufzeichnung findet sich auf www.forum.lu.

Die Termine für CSV und Piraten sind noch in Vorbereitung.